

Kultur im Sinne von Identität und Selbstverständnis einer Gesellschaft ist ein wertneutraler Begriff. Wenn wir am Gedanken gesellschaftlicher Entwicklung festhalten, ist eine Unterscheidung zwischen Zivilisation und Kultur daher unabdingbar. Bei einer Zivilisation handelt es sich um eine höher entwickelte Kultur, die ihre Identität aus der Offenheit für Verbesserungen auf allen Ebenen, also keineswegs nur auf wissenschaftlich-technischen oder ökonomischen Gebieten, bezieht. Offenheit, Lernfähigkeit und Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstkritik erzeugen in einer zivilisierten Gesellschaft eine oft spannungsreiche, letztlich aber konstruktive Wechselseitigkeit ideeller und materieller Faktoren wie insbesondere von Religion und Politik und allgemein von Ethik und Welt. Die erfolgreiche wechselseitige Durchdringung von ideellen und materiellen Faktoren ist für die neuzeitliche Entwicklung des Westens trotz aller Rückschläge und Katastrophen kennzeichnend geworden.

Bei den globalen Versuchen, Anschluss an die westliche Entwicklung zu finden, werden diese anspruchsvollen Voraussetzungen von Entwicklung zu wenig bedacht. Ihr Scheitern ruft oft Sündenbockdenken hervor – heute meist in Form von Antiamerikanismus – und den Rückgriff auf traditionelle ethnische und religiöse Identitäten hervor. Im Fundamentalismus erkennen wir den keineswegs neuen, nun religiös motivierten feindseligen Gegenentwurf zur offenen Gesellschaft. Mit

einem „Dialog der Kulturen“ wird man in diesen Fällen allenfalls Illusionen und Missverständnisse in der eigenen Welt erzeugen. Gegenüber solchen Anfechtungen muss sich die westliche Zivilisation auf sich selbst besinnen, um sich behaupten zu können.

Die großen Konflikte der heutigen Menschheit sind dem amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel Huntington zufolge nicht politischer, ideologischer oder ökonomischer, sondern kultureller Art. An den Bruchlinien zwischen den dominanten Kulturkreisen erblickt Huntington die Kulturkonflikte der heutigen und auch der künftigen Welt. In der paradoxen Gleichzeitigkeit von „Coca-Cola und Heiligem Krieg“ (Benjamin Barber) im Zeitalter der Globalisierung haben sich ethnische und religiöse Identitäten jedenfalls unübersehbar in den Vordergrund geschoben.

Menschen – so Huntington – leben nicht von der Vernunft allein. Sie könnten nicht rational ihre Selbstinteressen verfolgen, bevor sie nicht ihr eigenes Selbst definiert hätten. Interessenpolitik setzt demnach Identität voraus. Gerade in Zeiten raschen sozialen Wandels, in dem sich alte Identitäten auflösen, würden neue Identitäten benötigt. Für die Fragen „Wer bin ich? Wo gehöre ich hin?“ hielten Religionen überzeugende Antworten bereit. Religionen bieten zudem kleine Bezugsgruppen, die die Anonymität des modernen urbanen Lebens auszugleichen vermögen.

Die fast einmütige Ablehnung dieser These durch die meisten Intellektuellen

und Politiker auch nach dem 11. September ist etwas zu leichtfertig. Sie scheint immer noch vom altmarxistischen oder auch neoliberalistischen Basis-Überbau-Denken geprägt. Demzufolge entscheiden sozial-ökonomische Faktoren und nicht die Kultur über die Entwicklung von Gesellschaften. Langfristig gesehen ist wohl eher das Gegenteil richtig. Zumindest muss aber die Wechselbeziehung von ideell-kulturgeleiteten und materiellen Faktoren im Sinne der westlichen Entwicklung weit stärker berücksichtigt werden. Wer schon die Gefahr eines Kampfes der Kulturen leugnet, kann wenig zu ihrer Überwindung beitragen.

Die Huntington-Theorie ist insofern überspitzt, weil sie Kultur wiederum monokausal in den Vordergrund stellt und zu wenig Differenzierungen innerhalb der Kulturen, also etwa zwischen säkularen und fundamentalistischen islamischen Staaten vornimmt. Huntington begibt zudem die Unkorrektheit, kaum hoffnungsvolle Ausblicke zur Überwindung seiner Diagnose anzubieten. Er stellt den „Kampf der Kulturen“ als fast unüberwindliches Schicksal des 21. Jahrhunderts dar, wovon sich seine Kritiker zu Recht provoziert fühlen. Dieses Gefühl sollte sich aber nicht in der Ablehnung der These verbrauchen. Es sollte vielmehr für eine präventive oder auch nachsorgende Zivilisierung von Kulturen genutzt werden, in der militärische Interventionen lediglich die *Ultima Ratio* zu sein haben. Die Versäumnisse bei der Zivilisierung von Kulturen haben dazu geführt, dass sie – wie heute auf dem Balkan – erst nach einem Krieg einsetzt.

Die Aufgabe eines „Kampfes um die Kultur“ (Gerhard Schröder), oder präziser: um die Zivilisation, bedeutet vor allem, den allgemeinen Menschenrechten Vorrang vor kulturellen Identitäten zu geben und „die Stärke des Rechts gegen das Recht des Stärkeren“ (Klaus Kinkel) zur Geltung zu bringen, wodies mit einem ver-

tretbaren Einsatz möglich ist. Diese Aufgabe wird zur Bürde der rechtsstaatlichen Demokratien. Durch die neue totalitäre Herausforderung des Fundamentalismus sind aber selbst halbdemokratische Länder wie Russland, ja selbst das autoritäre China als Bündnispartner willkommen.

Kulturkriege drohen insbesondere zwischen fundamentalistischen Kulturen und säkularen Gesellschaften. Die Scherben bin Ladens haben versucht, den Islam und den Westen in einen Kulturkrieg zu verwickeln. Dies wird in dem Maße misslingen, wie sich beide Kulturkreise als Zivilisationen erweisen und sich gegenüber primitiven fundamentalistischen Ab- und Ausgrenzungen geistig, aber auch militärisch zu behaupten wissen.

Aufklärung vorausgesetzt

Eine Zivilisierung von Kulturen setzt weit mehr als die Vermittlung von *Know-how*, nämlich Aufklärung voraus. Erst aus den Früchten dieser Aufklärung kann die skeptische Selbstreflexivität und schließlich das Spannungsverhältnis von ideellen und materiellen Entwicklungen entstehen. Der Westen hat das ideelle Vakuum nach dem Zusammenbruch des Kommunismus schon aufgrund seiner eigenen geistigen Krise nicht überzeugend zu füllen vermocht. Die tragenden Säulen des alten Abendlandes, Christentum und Aufklärung, werden von den Seichtheiten der Spaßgesellschaft gleichermaßen auf die Probe gestellt.

In der Entwicklungstheorie herrscht heute nach Jahrzehntelangen Irrwegen Konsens, dass menschliche Entwicklung und gute Gouvernanz die entscheidenden Voraussetzungen von Entwicklung sind. Die Jahrzehntelange Verdrängung des schließlich eingeräumten „subjektiven Faktors“ und der ideellen Prägekräfte im sozialistischen und liberalistischen Osteuropa (und übrigens auch der neuen Bundesländer) hat große Defizite heraufbeschworen. Es galt als ausgemachte

Sache, dass zuerst Brücken und Straßen gebaut werden müssen, Handels- und Kapitalverkehr kontrolliert oder eben liberalisiert werden müssen.

Diese Reihenfolge war falsch. Eine allgemeine menschliche Entwicklung und eine gute Gouvernanz im Sinne einer gelungenen Kooperation zwischen Rechtsstaat, Marktwirtschaft und Zivilgesellschaft sind für eine dauerhafte Entwicklung einer Gesellschaft entscheidend. Die dabei geforderte gleichzeitige Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit fällt nicht vom Himmel, sondern muss durch Bildungsanstrengungen und interkulturelle Dialoge erst geschaffen werden. Nicht ungebundene Kredite und Straßen, sondern die Fähigkeiten zur Selbstreflexivität und Lernfähigkeit bedeuten Hilfe zur Selbsthilfe. Man kann sich in der globalisierten Welt nicht erfolgreich bewegen, wenn man sie nicht versteht und aus dem eigenen Versagen in Verschwörungsfantasien flüchtet.

Die Herausforderung der geistigen Zivilisierung bietet dem Westen auch die Chance, sich auf die eigene Identität zu besinnen, ohne die eine Selbstbehauptung in der heutigen Welt kaum möglich sein wird. Die westliche Identität ist selbst in einer Krise. Libertäre Beliebigkeit im Innern und entstrukturierende Tendenzen der Globalisierung gefährden die geistige und strukturelle Weltordnung.

Kulturen Europas

Seit der Formierung der Latinität Europas vor 1500 Jahren teilt sich das geografische Europa in die zwei prägenden Kulturen der Latinität und der Orthodoxie. West- und Mittelosteuropa sind seit dem Frühmittelalter lateinisch geprägt. Nur hier trugen Reformation, Humanismus und Aufklärung zu der Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme bei, die schließlich die Voraussetzungen für Individualismus, Säkularisierung, Industrialisierung, Revolution, Nationalismus, De-

mokratisierung und Marktwirtschaft schufen. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurde nach dreißigjährigen Wirren die Trennung von Religion und Politik in West- und Mittelosteuropa vollzogen. Osteuropa und die vom Osmanischen Reich besetzten Teile Südosteuropas wurden davon nicht geprägt, sondern allenfalls gestreift.

Die orthodoxen Prägungen sind vielmehr spiegelbildlich konträr zum neuzeitlichen Westen: keine Trennung von Staat und Religion, keine Säkularisierung, kein Individualismus; stattdessen kollektive Strukturen und eine Organisation der Gesellschaft von oben nach unten, lange Perioden der Fremdherrschaft und Fremdbestimmung. Die kommunistische Herrschaft brach dem Ineinander von Thron und Altar das Rückgrat. Die Fehlschläge in den Transformationsprozessen Ost- und Südosteuropas sind auch Folgen davon, dass sich hier kein konstruktives Spannungsverhältnis von Religion und Politik und generell von Kultur und Welt hat entfalten können. Gleichwohl handelt es sich bei West- und Osteuropa um verwandte Kulturen, die sich nicht wechselseitig integrieren, die aber zur Abwehr gemeinsamer Bedrohungen kooperieren können.

Letzteres steht bezüglich des dritten europäischen Kulturreises in Frage. Erst heute beginnt uns deutlich zu werden, dass die Sowjetunion nicht zuletzt an dem islamischen Fundamentalismus in ihrem Süden zerbrochen ist. Seitdem in Afghanistan die Flucht der Sowjetunion nach vorn gescheitert war, ist der Islam im Vormarsch und gefährdet selbst den Zusammenhalt der Russischen Föderation. Der grausame Krieg gegen das islamische Tschetschenien wird von Russland als Kampf um seine staatliche Existenz begriffen.

Je aggressiver der Fundamentalismus wird, desto mehr droht sich die angegriffene Kultur zu verhärteten. Hamas und or-

thodoxe Juden schaukeln sich gegenseitig auf. Vor einem Jahrzehnt galt Scharon in Israel noch als Kriegstreiber und als Auslaufmodell. Auf dem Balkan radikaliserten und fundamentalisierten sich die katholischen Kroaten, die orthodoxen Serben und muslimischen Bosniaken gegenseitig. Dies macht bis heute tragfähige Lösungen schwierig. Differenzen bei materiellen Interessen können verhandelt und durch Kompromisse beigelegt werden, kulturelle Interessen nicht.

Nach langem Zögern hatte sich die zivilisierte Welt bereit gefunden, in diese Kulturkriege einzugreifen. Der darüber immerhin erreichte Waffenstillstand kann nur einer Schritt auf einem weiten Weg sein, der den Balkan zurück nach Europa führen soll. Der Versuch, mithilfe internationaler Polizeikräfte ein friedliches Zusammenleben ethnischer Gruppen zu garantieren, endete fast überall damit, dass die Interventionskräfte die Grenze zwischen den nunmehr getrennten Gruppen überwachen. Eine Zivilisierung wird nicht zuletzt interreligiöse, interkulturelle Dialoge und Aufklärungen erfordern, die in ihrem Umfang den militärischen und ökonomischen Anstrengungen kaum nachstehen dürfen.

Zivilisierung des Balkans oder Balkanisierung Europas?

Der Vielvölkerraum Südosteuropas ist eine Geschichtsregion eigener Prägung, in der sich die Fragen nach multiethnischen und multikulturellen Formen des Zusammenlebens, aber auch nach der Übertragbarkeit europäischer Ideen, Institutionen und Interessen und damit einer Zivilisierung von Kulturen mit Dringlichkeit stellen.

Die schicksalhafte Zwischenlage und gleichzeitige Brückenfunktion zwischen Europa und Asien liefert reiches Anschauungsmaterial für Fragen nach den Grenzen und Möglichkeiten von Zivilisation und Kultur, von Integration und Ko-

operation. Der Balkan ist ein klassisches Übergangs- und Durchzugsgebiet, eine Begegnungszone der Völker und Kulturen, an der in gleicher Weise der Okzident wie der Orient, die westlich-abendländische, die orientalische und asiatische Welt, der kontinentaleuropäische und der mediterrane Bereich Anteil haben.

Nahezu fünfhundert Jahre, vom 14. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, war der Balkan von den kulturellen und spirituellen Entwicklungen der westlichen Zivilisation isoliert. Die abendländischen Geistesbewegungen der Neuzeit sind unter den machtpolitischen Gegebenheiten nur bis nach Ungarn und in die dalmatischen Randzonen hineingelangt, die Reformation hat an der Grenze Sloweniens und Binnenkroatiens zum eigentlichen Balkan Halt gemacht. Daher hat sich auch ein Gegensatz der Randzonen und Emigrationszentren zum balkanischen Binnenland herausgebildet und verfestigt, der die Entwicklung der neuen nationalstaatlichen Gebilde im Verlaufe des 19. Jahrhunderts erheblich belasten musste.

Das christliche Abendland hatte wegen seiner divergierenden Einzelinteressen angesichts der osmanischen Gefahr zu keiner gemeinsamen Abwehrfront gefunden. Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert hatte es noch größere Schwierigkeiten, sich bei der anstehenden Beerbung des kranken Mannes am Bosphorus auf eine einheitliche Linie zu einigen. Die in den Zeiten des Niederganges der osmanischen Machtstellung zunehmende Bereitschaft der Balkanvölker, einen militärischen Aufstand gegen die drückende Ausbeutung und die selbstherrlichen Machenschaften einzelner Provinzstatthalter zu wagen, wurde von den Großmächten einem kleinlichen Streit um Einflusssphären, Arrondierungen und einem eigennützigen Expansionsstreben dienstbar gemacht. Europa

hat auf dem Balkan sehr viel falsch gemacht, und es ist kein Zufall, dass der Erste Weltkrieg hier ausgelöst wurde und dass die Kultukriege der neunziger Jahre sich hier abspielten.

Andauernde Zerrissenheit

Die Balkankriege trugen sich entlang der Bruchlinien der drei europäischen Kulturen zu. Wo immer die Trennung dieser Kulturen durch ihre räumliche Vermischung nicht problemlos gelang, griff Gewalt um sich. Niemals zuvor in der Geschichte Südosteuropas haben die Menschen mit so viel Hass gegeneinander gekämpft wie in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie wollten nicht nur gewinnen wie in früheren Kriegen, sondern sich oft gegenseitig ihre kulturellen Wurzeln auslöschen.

Heute ist die Situation auf dem Balkan immer noch chaotisch. Es existieren mehr Staaten denn jemals bevor. Während sich West- und Mittelosteuropa um ein Zusammenwachsen bemühen, inflationieren sich die Staaten auf dem Balkan. Regionen, die seit Jahrhunderten multiethnisch waren, streben nun ethnische Homogenität an. Dies führt zu grotesken Zuständen in den zwei faktischen NATO-Protektoraten. Bosnien-Herzegowina besteht in Wirklichkeit aus zwei Para-Staaten in ihm. Das Kosovo gehört *de jure* weiterhin zu Jugoslawien. Albanien, Serbien und Kroatien haben starke ethnische Gruppen außerhalb ihrer Grenzen. In Makedonien sind albanische und slawische Gruppen völlig voneinander getrennt, und nur der Einsatz der NATO konnte einen weiteren Krieg verhindern.

Eine Integration der Erben Jugoslawiens in die Europäische Union wäre ein Schritt von kultureller beziehungsweise zivilisatorischer Tragweite. Integration bedeutet im Gegensatz zur bloßen Kooperation die Zusammenarbeit in gemeinsamen Institutionen. Dies ist ohne gemeinsame Werte kaum möglich. Men-

schenrechte dürfen nicht nur für die jeweils dominante Gruppe gelten, Clanstrukturen dürfen nicht die Rechtsstaatlichkeit verhindern und Korruption nicht als eine legitime Form der Kooperation gelten. Es ist auch nicht leicht, eine Kultur als gleichwertig zu akzeptieren, die den Wert der Gleichwertigkeit nicht einmal im Verhältnis der Geschlechter, geschweige denn gegenüber ethnischen Minderheiten akzeptiert.

Viele Gründe sprechen für eine Art Vorfeldsicherung der Europäischen Union. Die zerrissenen ethnisch-kulturellen Identitäten können nur auf der Ebene einer höheren Identität wie der einer europäischen Zivilisation Frieden finden. Eine Erweiterung der Union nach Südosten dient den westlichen Interessen an größeren Märkten, da unser Wohlstand ja in hohem Maße auf Export beruht. Das Eigeninteresse an innerer Sicherheit legt wiederum militärische Einsätze wie in Makedonien nahe, da der Drogen- und Menschenhandel über die albanische Schiene nach Italien verläuft und seine Folgen in Westeuropa dann nicht mehr kontrollierbar wären. Jedes Machtvakuum im islamischen Teil des Balkans wird von den fundamentalistischen Gotteskriegern genutzt, um in Europa Fuß zu fassen. Anarchie, Kriminalität und Terrorismus könnten Europa vom Balkan her destabilisieren.

Europa wird auch in Zukunft Stabilität auf den Balkan exportieren müssen, um sich vor einer Destabilisierung zu schützen. Dieser wohl unumgängliche Weg wird steinig und dornenreich. Er bedarf entsprechender Vorbereitungen – nicht zuletzt im kulturellen Feld. Spätestens mit der im Stabilitätspakt versprochenen Südostweiterung der Union wird Europa zu einem multikulturellen Gebilde wie die vormalige Sowjetunion und wie Jugoslawien. Bekanntlich gehört es zu den klassischen Untergangsursachen großer Reiche, sich durch die Vorfeldsicherung in fremdkulturellen Regionen –

man denke nur an die Besetzung Bosniens durch die Habsburger oder an die sowjetische Besetzung Afghanistans – zu überdehnen.

Stabilitätspakt greift zu kurz

Der Stabilitätspakt mit Südosteuropa wurde auf Initiative der EU 1999 in Köln nach dem Kosovo-Krieg ins Leben gerufen. Hauptpartner waren die EU, alle Staaten Südosteupas, die G-8-Staaten, weitere internationale Organisationen und regionale Körperschaften. Die Balkan-Kriege und die Migrationen der Flüchtlinge wurden als ein Problem für ganz Europa erkannt. Der Wiederaufbau des Balkans gilt als Voraussetzung eines stabilen Europas. Statt wie zuvor nur auf ein Problem nach dem anderen zu reagieren, sollen alle Staaten der Region berücksichtigt werden, weil jeder Staat die Ursache eines neuen Krieges sein könnte. Nur bei gleichzeitigen Fortschritten in allen Feldern und Regionen könne ein dauerhafter Friede gewonnen werden.

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ist der erste Versuch zur Konfliktprävention in dieser Region. Frieden wird nicht mehr als Abwesenheit von Krieg definiert, sondern als politische, ökonomische und soziale Entwicklung und Kooperation. Die Hilfe soll grundsätzlich kombiniert werden mit der Verpflichtung zur Selbsthilfe. Von historischer Bedeutung ist das Versprechen der EU, alle Länder Südosteuropas dereinst in die Union zu integrieren. In diesem Zusammenhang wird auch regionale Kooperation gefördert und gefordert. Finanzielle Hilfe kann nur für transnationale Projekte mobilisiert werden. Die Verantwortlichen müssen wieder miteinander sprechen und bereit sein, über grenzüberschreitende Projekte nachzudenken. Das individuelle Wettrüsten um die EU-Mitgliedschaft muss gemeinsamen Vorbereitungen auf das große Ziel weichen.

Die Hauptziele des Paktes sind:

- eine neue politische Ordnung mit demokratischen Institutionen
- Sicherung der Menschenrechte
- Entwicklung der Ökonomie und die Förderung von sozialem Fortschritt, einschließlich der regionalen Kooperation
- militärische und innere Sicherheit

Der Stabilitätsplan ist weitaus komplexer als die diplomatischen, militärischen und auch ökonomischen Hilfsmaßnahmen zuvor. Aber er ist noch nicht ganzheitlich genug, weil Religion und Kultur nicht hinreichend berücksichtigt sind. Es fehlen Pläne für Erziehung, zur Förderung religiöser Toleranz und neuer Ethik sowie generell für die interkulturellen Voraussetzungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die strukturellen Voraussetzungen werden erwähnt, aber nicht die kulturellen.

Die Vernachlässigung kultureller Aspekte dürfte mit der auch gegenüber der Huntington-These zum Ausdruck gekommenen Aversion zusammenhängen, überhaupt in diesen Kategorien zu denken. Damit drohen aber auch die Chancen verborgen zu bleiben, die sich aus interkulturellen und interreligiösen Aufklärungen ergeben könnten.

Voraussetzung für eine Zivilisierung von Kulturen

Wenn der Westen auf dem Balkan oder in anderen nichtwestlichen Kulturreihen interveniert, muss er die kulturelle Tragweite dieses Handelns bedenken. Dann ist nicht weniger als eine Kombination kurzfristiger sozialer und ökonomischer Hilfe, mittelfristiger Bildungsprogramme für Marktwirtschaft und gute Gouvernanz und langfristiger interreligiöser und interkultureller Verständigungsprojekte gefordert. Dabei wird der Westen viel über sich selbst und über die Grenzen und Möglichkeiten der Integration und Kooperation lernen. Welche Ziele lassen sich

in benachbarte Kulturen übertragen und welche nicht? Die Übertragung des Nationalstaates in nichtwestliche Kulturen hat sich gerade in multiethnischen Gebieten oft als Unterdrückung der Kulturen erwiesen. Der heute oft vom Westen proklamierte Multikulturalismus wird so lange ein utopisches Gegenextrem bleiben, wie die zivilisatorischen Voraussetzungen für ihn nicht erfüllt sind.

Man sollte auch in den internationalen Beziehungen Abschied von romantischer Naivität und Illusionen nehmen. Es ist nicht leicht, Dialoge mit denjenigen zu führen, die einen absoluten Wahrheitsanspruch und zudem einen moralischen Überlegenheitsanspruch für sich reklamieren, die also nicht in skeptischer und aufklärerischer Relativierung der eigenen Perspektive geübt sind. Erst der ausbleibende Erfolg entsprechender Regime wird sie – wie die späte Sowjetunion und neuerdings den Iran – wieder zugänglicher machen.

Im Verhältnis zu den totalitären Fundamentalismen gilt es sich an den Grundsatz der wehrhaften Demokratie zu erinnern, die eine Ausgrenzung von Fundamentalisten notwendig macht. Fundamentalismus ist eine Form geistiger Erkrankung an Modernisierungsprozessen. Es bleibt allenfalls, Fundamentalisten im sozialpädagogischen Sinne zunächst Vertrauen einzuflößen, um dann die aufklärerischen Prozesse der Selbstreflexivität initiieren zu können. Dabei sollten Frauen besonders gefördert werden, da sie selbst oft Opfer des Fundamentalismus sind, nur für diesen weit weniger anfällig sind.

Im Hinblick auf integrationswillige Menschen und Staaten muss die Hoffnung auf Integration bewahrt bleiben, selbst wenn diese zwanzig oder dreißig Jahre dauern sollte. Die Übernahme der europäischen Identität scheint auf dem Balkan die einzige Alternative zum

Kampf der Kulturen zu sein. Europa kann aber nur diejenigen integrieren, die sich der europäischen Leitkultur anpassen wollen. Europa ist zwar multiethnisch, aber nicht multikulturell im Sinne eines gleichwertigen Nebeneinanders der Kulturen.

Es gibt keine Prädestinationen für oder gegen Europa, wohl aber eine Vielzahl von Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit Europa sich erweitern kann, ohne selber destabilisiert zu werden. Im Prozess der Osterweiterung der Europäischen Union müsste es vorrangig statt um eine formale Anpassung an Rechtsbestände und ökonomische Auflagen um kulturelle Lernprozesse gehen. Bei der Integration von Menschen aus fremden Kulturen in unsere Gesellschaft müsste demnach die identifikative Akkulturation im Mittelpunkt stehen, die primär auf ein Zugehörigkeitsgefühl zur aufnehmenden Gesellschaft abzielt. Beides würde das Basis-Überbau-Verhältnis eben in eine neue Reihenfolge bringen.

Schon der Versuch der Zivilisierung von Kulturen bedeutet für Europa eine große geistige Herausforderung. Ausgangspunkt aller interkulturellen Dialoge und Integrationsprozesse sollte in Zukunft die Reflexion des eigenen Standpunktes sein, da man sonst außer politischen Korrektheiten und belanglosen Freundlichkeiten gar nichts auszutauschen hat. Unsere europäische Identität setzt sich aus einer Kultursynthese von griechischer Philosophie, römischem Recht, jüdisch-christlicher Religiosität, Reformation, Humanismus und Aufklärung zusammen. Wir können diese anspruchsvolle Synthese nur bewahren und vermitteln, wenn wir sie zunächst auch unseren eigenen Schülern und Studenten wieder nahe zu bringen verstehen.